

# Menschenrechte verteidigen und Repression bekämpfen. Hier und weltweit.

Die südkoreanische Regierung lässt den Vorsitzenden der Koreanischen Konföderation der Gewerkschaften (KCTU) zu 5 Jahren Gefängnis verurteilen. Damit erreicht die politische Auseinandersetzung in Südkorea ihren bisherigen Höhepunkt. Die im VPOD Zürich organisierten Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes solidarisieren sich deshalb mit den kriminalisierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Südkorea.

Seit Jahren protestieren grosse Teile der südkoreanischen Bevölkerung gegen die Privatisierung der Bahnen, gegen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, gegen die Prekarisierung der ArbeiterInnen und Angestellten und gegen eine reaktionäre Politik der Rehabilitierung der Militärdiktatur. An der Spitze dieses Widerstandes steht die kämpferische Dachgewerkschaft KCTU. Mit ihrer Entschlossenheit, Organisierungsfähigkeit und Zuverlässigkeit bildet sie das Rückgrat einer Bewegung, die gewerkschaftliche und progressive politische Anliegen praktisch verbindet und damit zur relevanten gesellschaftlichen Kraft und Hoffnung geworden ist.

Und um diesen Widerstand zu brechen, führt die Regierung von Guen-hye Park unsägliche Repression gegen die Führung der KCTU ins Feld. Gewerkschaftszentralen wurden durchsucht, unzählige Sekretäre wurden verhaftet und nun soll Han Sang-gyun, der Vorsitzende der KCTU für 5 Jahre ins Gefängnis gesteckt werden. Han Sang-gyun hat als junger Gewerkschafter noch die Militärdiktatur miterlebt – eine Diktatur, an deren Spitze damals der Vater der heutigen Präsidentin Guen-hye Park steht. Han war als Automobilarbeiter beim Aufbau einer anfänglich noch verbotenen Gewerkschaft hin zur heute weltbekannten 700'000 Mitglieder starken KCTU beteiligt.

Als Vorwand zur Verurteilung dient der «demokratischen» Regierung Park die letztjährige Grossdemonstration vom 14. November gegen die Arbeitsmarktreform und gegen die «Nationalisierung» der schulischen Geschichtsbücher (was einer Rehabilitierung der Militärdiktatur gleichkommt). Die reaktionäre Stossrichtung der Regierung gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung und zurück zu einer rechten und nationalistischen Politik hatte damals unzählige zivile, politische und gewerkschaftliche Gruppen und insgesamt 130'000 Menschen mobilisiert. Seit den Angriffen der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas liegt der 69jährige Bauer Baek Nam-ki im Koma. Auch auf juristischem Wege ist die Regierung entschlossen den Protest zu kriminalisieren und nutzt dabei jedes Mittel. So wird Han Sang-gyun zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wegen Verstosses gegen die Strassenverkehrsordnung im Rahmen dieser Demonstration. Formell will sich die Regierung also nicht die Blöße geben, das Versammlungsrecht zu kippen, praktisch handelt es sich aber um eine autoritäre Regierung.

Der VPOD Zürich, Sektion Stadt und Institutionen, schliesst sich deshalb mit Nachdruck der Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbunds an, Han Sang-gyun und alle gewerkschaftlichen AktivistInnen der KCTU freizulassen, und solidarisiert sich mit den Forderungen der Demonstration vom 14. November 2015.

Zürich, 18. Juli 2016